

Sandra Carreras

Politische Kultur und politisches Verhalten in Zeiten der Krise

Die Wirtschafts- und Regierungskrise zum Jahreswechsel 2001/2002 war nicht die erste der argentinischen Geschichte. Zwar gilt das Jahr 1880 als Geburtsdatum eines stabilen wirtschaftlichen und institutionellen Modells, das bis 1930 andauerte, doch schon 1890 kam es – inmitten einer akuten Finanzkrise – zu einer Revolution, die mit dem Rücktritt des Präsidenten Juárez Celman endete. Im Jahre 1930 wurde der “realen Republik” mit der Absetzung der Regierung Yrigoyen (UCR) durch die Streitkräfte ein abruptes Ende gesetzt. Auch die “konservative Restauration” wurde 1943 durch einen erneuten Militärputsch beendet. Aus den Reihen der Uniformierten entwickelte sich Juan D. Perón zum populistischen Machthaber, der wiederum 1955 durch die Militärs abgesetzt wurde. Dasselbe Schicksal erlitten die zivilen Regierungen von Arturo Frondizi (1962), Arturo Illia (1966) und María Estela Martínez de Perón (1976). Auch die Militärjunta musste 1983 abdanken. Im Jahre 1989 sah sich Raúl Alfonsín gezwungen, sein Amt frühzeitig seinem gewählten Nachfolger, Carlos Menem, zu überlassen. Zum ersten Mal seit 1916 kam es auf diese Weise zu einem halbwegs geordneten Wechsel der Oppositionspartei in die Regierungsverantwortung. Im Dezember 2001 musste schließlich auch Fernando de la Rúa zurücktreten. Alle erwähnten politischen Krisen korrelierten mit schwierigen wirtschaftlichen Situationen und massiven sozialen und politischen Protesten.

Die mehr oder weniger regelmäßige Wiederkehr solcher Wirtschafts- und Regierungskrisen wirft die berechtigte Frage nach deren strukturellen Ursachen auf. Eine einfache Antwort darauf gibt es nicht. Es wäre auch unangemessen, *eine* Erklärung – wie komplex auch immer – für alle diese unterschiedlichen historischen Konstellationen präsentieren zu wollen. Stets waren verschiedene Faktoren wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur im Spiel, die hier aus Platzgründen nicht erörtert werden können. Im Folgenden sollen lediglich einige herausragende Merkmale der politischen Kultur des Landes sowie bezeichnende Verhaltensformen der argentinischen politischen Akteure angesprochen werden, die m.E. wichtig für das Verständnis der aktuellen Situation des Landes sind. Da diese “weichen” Ele-

mente mittel- bis längerfristige Tendenzen sowohl widerspiegeln als auch mitprägen, verdienen sie eine größere Aufmerksamkeit als die, die ihnen üblicherweise in den politischen Konjunkturanalysen geschenkt wird.

1. Politische Kultur als öffentliche Meinung

Untersuchungen zur politischen Kultur rekurren häufig auf Ergebnisse der Umfrageforschung. Umfragen können in der Tat dazu dienen, die affektiven und kognitiven Haltungen der Individuen gegenüber dem politischen System zu ermitteln. Solche Untersuchungen haben seit Anfang der achtziger Jahre mit der Demokratisierung des Landes deutlich zugenommen und wichtiges empirisches Material geliefert. So wurde zum Beispiel festgestellt, dass – zumindest bis Ende der achtziger Jahre – der Großteil der argentinischen Bevölkerung sowohl individualistisch¹ als auch etatistisch eingestellt war. Die Argentinier zeichneten sich – so der Befund – durch starke Erfolgsorientierung, individualistische Zielsetzung und hohe Erwartungen bezüglich ihrer sozialen Aufstiegschancen aus. Harte Arbeit und Studium galten zwar als die wichtigsten Mittel zur Erlangung persönlichen Erfolgs, im Vergleich zu den Ergebnissen früherer Untersuchungen aus den sechziger Jahren hatte jedoch der Verweis auf andere Faktoren – wie etwa “Glück”, “Schlauheit” oder eine “gute Partie” – deutlich zugenommen. Gleichzeitig wurde der Staat als eine Instanz wahrgenommen, welche für die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sorgen hatte. So erwarteten fast alle Argentinier ganz konkrete Leistungen des Staates weniger zu Gunsten des allgemeinen Wohls als bezüglich ihrer persönlichen Situation (Catterberg 1991: 11-20).

Spätere Untersuchungen deuten darauf hin, dass sich nach dem traumatischen Erlebnis der Hyperinflation gegen Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre eine Abkehr von etatistischen zu extrem marktorientierten Einstellungen abzeichnete. Der Respekt für die Prinzipien der repräsentativen Demokratie und des politischen Pluralismus nahm zu, wenngleich starke Führungspersönlichkeiten nach wie vor positiv bewertet wurden. Parallel dazu wurde ein fortschreitender Vertrauensverlust in die politischen Klasse festgestellt. Im Laufe des letzten Jahrzehntes veränderten sich auch die Probleme, deren Lösung als prioritär für die Bevölkerung galt: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, niedrige Löhne und Korruption traten nunmehr an erste Stelle (Adrogué 1998; Mora y Araujo/Montoya 1999).

¹ Zum Thema des Individualismus in der argentinischen Gesellschaft siehe auch den Beitrag von Peter Waldmann in diesem Band.

Auch die Eigenwahrnehmungen der politischen Klasse wurden durch das Instrument der Umfrage unter die Lupe genommen. 84% der Politiker stufen sich selbst als Mitte oder Mitte-Links ein. Während nur 9% sich als Rechts oder Mitte-Rechts bezeichneten, ordneten 55% der Befragten ihre Kontrahenten in diese Kategorien ein. Obwohl 61% zugaben, dass die politische Realität in ihrem Wirkungskreis durch klientelistische Praktiken gekennzeichnet war, fand die absolute Mehrheit der interviewten politischen Verantwortlichen, dass seit der Wiedereinführung der Demokratie eine positive Wandlung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung (82%), der Innovationsfähigkeit (74%) und der Effizienz der Verwaltung (72%) stattgefunden habe (Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría 1998). Die Selbsteinschätzung der Politiker deckte sich jedoch kaum mit den Wahrnehmungen der Bevölkerung. So ergaben andere Umfrageergebnisse aus der Stadt und der Provinz Buenos Aires zum selben Zeitpunkt, dass lediglich 8% der befragten Bürgerinnen und Bürger ein positives Bild von den politischen Parteien hatten (Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría 1998: 11). Die Antworten legten einen deutlichen Unterschied zwischen der allgemeinen Zustimmung für die demokratische Regierungsform einerseits (71% in 1996 und 73% in 1998) und der Zufriedenheit mit der konkreten Funktionsweise der argentinischen Demokratie andererseits (34% für 1996 und 49% für 1998) offen (Lagos 1999: 47). Die Daten für das Jahr 2001 zeigen eine noch größere Distanz zum demokratischen System: Jetzt waren lediglich noch 58% der Befragten der Meinung, die Demokratie sei jeglicher anderen Regierungsform vorzuziehen, während die Zufriedenheit mit der konkreten Funktionsweise auf 20% zurückging.²

Die Verteilung der Meinungen bezüglich unmittelbar politisch relevanter Fragen wie der oben erwähnten reicht nicht aus, um eine viel entscheidendere Dimension der politischen Kultur zu erschließen. Das Bild, das eine Gesellschaft von sich selbst hat oder, besser gesagt, das Bild, das die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen von sich und ihrer gesellschaftlichen Umwelt entwerfen, bildet die Grundlage ihrer politischen Grundeinstellungen und die Voraussetzung ihres politischen Handelns. Die Ausprägungen solcher Bilder im heutigen Argentinien stimmen bedenklich. So zum Beispiel zeigte eine Untersuchung über die Mittelschichten, dass die überwiegende Mehrheit (93,5%) dieser Gruppe, der üblicherweise eine wichtige, politisch dynamisierende Rolle als *change agents* zugewiesen wird, davon

² Daten aus dem Latinobarómetro zit. nach Nolte (2001).

überzeugt ist, in Argentinien gebe es keine Chancengleichheit. Viele haben auch kein Vertrauen in die Justiz oder glauben nicht, dass Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann. Freiheit wird nur von wenigen mit dem politischen Regime in Verbindung gebracht; sie gilt vielmehr als eine Qualität des Individuums, als die Fähigkeit, uneingeschränkt zu genießen und sich zu äußern. Die meisten (75%) sind der Meinung, Geld, wirtschaftliche Macht und Konsum seien das höchste Gut in der argentinischen Gesellschaft, jedoch nicht für sich selbst. Erfüllung suchen sie innerhalb der Privatsphäre und in der eigenen Selbstachtung. Dies deutet auf eine unüberbrückbare Spaltung zwischen den Selbstdeutungen der Befragten und deren Interpretationen des gesellschaftlichen Umfelds hin (Sautu 2001).

Welcher Stellenwert kommt zu Beginn des 21. Jahrhunderts dieser Spaltung zu? Welche sozialen Gruppen verstecken sich hinter der Kategorie der Mittelschicht, welche werden ausgeschlossen?

2. Das Ende des Integrationsmodells und die Veränderung der sozialen Identitäten

Für den größten Teil des 20. Jahrhunderts galt Argentinien als eine Gesellschaft ausgeprägter Mobilität, in der ausreichende Aufstiegschancen vorhanden waren. Schon 1947 machten die Mittelschichten über 40% der städtischen Bevölkerung aus, gegen 1980 erfassten sie sogar über 47,4% aller Argentinier. In diese breite Kategorie fielen sowohl mittlere und kleine Unternehmer, Ladenbesitzer und Freiberufler als auch Büro-, Bank- und andere Angestellte in der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst, hier vor allem Lehrer und Dozenten. Parallel dazu erreichte die Arbeiterschaft ein für lateinamerikanische Verhältnisse vergleichsweise hohes Einkommensniveau und eine hohe soziale Absicherung. Zwar wichen die politischen Identitäten beider Gruppen seit der Entstehung des Peronismus stark voneinander ab, ihre Wertvorstellungen und Ansprüche ähnelten sich jedoch zunehmend. Für die Kinder der Arbeiter war der Aufstieg in die Mittelschichten eine realistische Perspektive, sei es durch die Gründung eines eigenen Betriebes, d.h. die Erlangung der Selbständigkeit, oder durch die Erreichung eines höheren Bildungsgrads, zu dem staatliche, kostenlose Bildungseinrichtungen den Zugang garantierten. Die Ausbreitung egalitärer Vorstellungen korrelierte mit dieser Entwicklung. Die Peronisierung der Jugend zu Beginn der siebzi-

ger Jahre schien die bis dahin fortdauernde politische Kluft zwischen Arbeitern und Mittelschichten zu schließen.³

Die Etablierung der Militärdiktatur im Jahre 1976 läutete das Ende dieses integrativen gesellschaftlichen Modells und den Rückzug ins Private ein, der – abgesehen von einer kurzen Wiederbelebung des politischen Engagements zu Beginn des Redemokratisierungsprozesses in den achtziger Jahren – bis heute andauert. Die Veränderung der Beschäftigungsstruktur und die massive Kürzung staatlicher Dienstleistungen infolge struktureller Engpässe der argentinischen Wirtschaft sowie von Anpassungs-, Privatisierungs- und Flexibilisierungspolitiken führten zur Entstehung einer "neuen Armut", die vor allem ehemalige Mitglieder der Mittelschicht erfasst, zu steigender Einkommenskonzentration sowie zur Verfestigung einer sich selbst reproduzierenden sozialen Ungleichheit.⁴

Die argentinische Gesellschaft insgesamt ist heute in Fraktionen von "Gewinnern" und "Verlierern" aufgeteilt, die sich immer mehr voneinander entfernen. Soziale Revolten und Plünderungen im Gefolge der Hyperinflation Ende der achtziger Jahre und der Regierungskrise 2001/2002 konfrontierten die Bevölkerung wiederholt mit dem Schreckensszenario fortschreitender sozialer und politischer Anomie. Unsicherheit und Verwundbarkeit machen sich breit, soziale Bindungen werden immer brüchiger. Die Suche nach partikulären Lösungen verschiedener Prägung für Probleme, die eigentlich gesellschaftlicher Natur sind, entspricht nicht nur den allgemeinen Privatisierungstendenzen und dem Rückzug aus der Politik, sondern verstärkt auch beide Phänomene und den ohnehin schon traditionell starken Individualismus zusätzlich. Anstelle konkurrierender Vorstellungen und Lösungsvorschläge auf der Basis eines gesellschaftlichen Grundkonsens orientiert man sich an fragmentierten Bildern einer durch keine kohärenten Deutungsmuster zusammengehaltenen Realität.

Zunehmend mehr Mitglieder der oberen Mittelschichten versuchen, der sich endemisch ausbreitenden Gewaltkriminalität und öffentlichen Unsicherheit durch den Umzug in geschlossene Wohnghettos im Großraum Buenos Aires und im Umfeld anderer Großstädte zu begegnen. Dadurch wird das eigentliche Problem nicht behoben, vielmehr aufgespalten und umgedeu-

³ Einen Überblick über die Literatur zu den argentinischen Mittelschichten gibt Svampa (2001: 19-47).

⁴ Zur aktuellen Beschäftigungsstruktur siehe Palomino (2002). Zur neuen sozialen Struktur und den Phänomen der "neuen Armut" die Beiträge von Kessler und Nohlen/Zilla in diesem Band.

tet: Die neu geschaffene Sicherheit im Innenbereich stellt lediglich die Kehrseite der Unsicherheit im Außenbereich dar; die erworbene Freiheit innerhalb der eigenen Mauern wird um den Preis einer eingeschränkten Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum erkaufte. Dadurch entsteht eine neue, segregierte Siedlungsstruktur mit einem ihr entsprechenden Sozialisationsmodell, in dem die sozialen Unterschiede naturalisiert und somit der politischen Gestaltung entzogen werden. Die Beziehungen zu den anderen Schichten werden überwiegend durch Entfremdung und Misstrauen geprägt. Die Armen werden nicht mehr als "Mit-Bürger" wahrgenommen, sondern vielmehr als "die Anderen", mit denen bestenfalls eine "virtuelle" Beziehung durch karitative Wohltätigkeitsaktionen hergestellt wird. Dieses Modell, das im Unterschied zu vielen anderen lateinamerikanischen Ländern in Argentinien eine relativ neue Entwicklung darstellt, ist noch nicht konsolidiert, weshalb viele Bewohner der geschlossenen Siedlungen, die insgesamt auf ca. 500.000 Menschen geschätzt werden, auf diese Situation nicht nur mit Pragmatismus und Gleichgültigkeit reagieren, sondern auch mit Schuld- und Schamgefühlen gegenüber den vielen Freunden und Familienangehörigen, die sich nicht zu den "Gewinnern" zählen können (Svampa 2001).

Die Aufspaltung der politischen Identität der Arbeiterschichten ist nicht weniger deutlich als bei den Mittelschichten. Während die älteren Generationen die Entwicklung der Arbeitswelt sowie ihr persönliches Schicksal mit dem Erfolg einer politischen und sozialen Bewegung – dem Peronismus – untrennbar verknüpften, empfinden heute viele junge Arbeiter die Arbeitswelt als Ort, an dem soziale Unterschiede zur Geltung kommen, ohne jedoch eine kollektive bzw. politische Identität auf dieser Grundlage strukturieren zu können. Jene Gruppen, die am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind, schöpfen ihre (veränderbaren) Identitäten vielmehr aus besonderen Aneignungsformen von Konsumprodukten, die sich z.B. in der Bevorzugung bestimmter Musiktypen, dem Besuch ausgewählter Tanzlokale und der Pflege gewisser Kleidungsstile ausdrücken. Dies bedeutet nicht, dass solche Jugendliche an den globalisierten Kulturmärkten genauso wie die Jugendlichen aus Schichten mit höheren Einkommen partizipieren. Die jugendlichen Subkulturen und Gruppierungen, auch "Tribus" genannt, bewegen sich vielmehr in getrennten Zirkulationskanälen. Gemeinsam ist den meisten "Tribus" die Einschätzung von Politik als einem schmutzigen und korrupten Geschäft, das für das eigene Leben völlig irrelevant ist (Urresti 1997; Lewin 1997; Svampa 2000a).

Der Alltag jener Marginalisierten, die keine Arbeit haben und in Elendsvierteln hausen, ist durch Armut, Verwundbarkeit und Instabilität geprägt. Sie bewegen sich dauernd in Risikobereichen und in den Nischen der Gesellschaft. Dort steht keine Form der sozialen Absicherung zur Verfügung. Man lebt von Gelegenheitsjobs und jeder versucht, seinen eigenen Weg zu gehen. Wo keine längerfristige Planung möglich ist, handeln die Subjekte nach der Logik des "Jägers und Sammlers". Die Welt der formellen Strukturen, der Lebensstil der Mittelschichten und deren symbolische Repräsentationen bilden für zunehmend mehr sozial benachteiligte Menschen keine Orientierungsmuster mehr, wie dies in der Phase der sozialen Integration der Fall war (Merklen 2000). Unter solchen Bedingungen beziehen sich die politischen Einstellungen und Handlungen nicht auf die abstrakte Ebene der bürgerlichen Freiheiten; sie zielen vielmehr auf die unmittelbare Existenzsicherung durch konkrete Austauschbeziehungen.

3. Klientelismus als politische und soziale Praxis

Nahezu jede Untersuchung über die Entwicklung der argentinischen Politik seit der Redemokratisierung betont, Klientelismus und Korruption seien zwei alte Phänomene, die die neue Demokratie weiterhin belasteten. Dass Klientelismus bereits zur Zeit der Konservativen Ordnung ein bewährtes politisches Instrument war, ist allgemein bekannt (Botana 1986: 182-189). Dass klientelistische Praktiken untrennbar mit der Entwicklung der Radikalen Bürgerunion (UCR) als Partei sowie der Funktionsweise der UCR-Regierungen nach 1916 zusammenhängen, ist eine Tatsache, an die allerdings lediglich in historischen, wenig publikumswirksamen Abhandlungen erinnert wird.⁵ Im Unterschied zu den alten lokalen Bossen, die sich von oligarchischen Politikern engagieren ließen, aber ihre Dienste nur denjenigen anboten, die sie am besten bezahlten, wurden die *caudillos de barrio* zum festen Bestandteil der UCR-Parteistruktur. Das *quid pro quo*-Prinzip, der Tausch von Gefälligkeiten zwischen politischen Trägern und Wahlberechtigten, funktionierte über diese Vermittler, die wichtige Persönlichkeiten innerhalb ihren Nachbarschaften darstellten und permanent aktiv waren: Sie boten finanzielle und soziale Hilfe, gewährten den Hilfesuchenden "Schutz" vor der Polizei im Falle von Bagatelldelikten und erfüllten die wichtige Aufgabe, der parteipolitischen Organisation ein "menschliches Antlitz" zu verleihen:

⁵ Für eine etwas ältere, aber nach wie vor gültige Darstellung siehe Rock (1972; 1975: 55-60, 110-114).

Much of the success of the *caudillos de barrio* may be attributed to prevailing conditions of social atomization, since it was in the narrow confines of the precinct neighbourhood where they enjoyed most influence. During election periods they supervised party committee charity handouts of clothes and cheap food. They arranged the election eve *fiesta campestre*, the distribution of the *vino y empanadas* and the gigantic *asados*, which were payed for by themselves and by their associates in the parish committees. To their close supporters they provided a means to gain access to Yrigoyen himself, from whom the most substantial patronage rewards stemmed (Rock 1972: 247).

Die Parteilokale der UCR entwickelten sich zu regelrechten Knotenpunkten des sozialen Lebens in vielen Stadtvierteln: Sie boten ihren Mitgliedern Arbeitsvermittlung, kostenfreie medizinische Versorgung und juristischen Beistand, organisierten Kinoveranstaltungen sowie musikalische Abende und beteiligten sich an der Vorbereitung des Karnevals. Nicht viel anders waren die Aufgaben der peronistischen Basiseinheiten. So hieß es in der ersten Parteisatzung aus dem Jahre 1947, zur Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben, nämlich der Einwerbung von Mitgliedern und Sympathisanten – *Proselitismus* im Original – sollten Kulturzentren und soziale Hilfeleistungen vor Ort angeboten werden (Carta Orgánica Nacional [1947], Art. 15). Vierzig Jahre später wurden die Basiseinheiten u.a. als "Zentren für Kulturverbreitung und Unterhaltung" charakterisiert: "[Sie] sind die Schule, die Bibliothek, der Sportklub, das Nachbarschaftszentrum, wo die solidarischen Bemühungen sich in allgemeinen Wohltaten für die Gemeinde ausdrücken" (FUDEPA 1988: 26).

Nach der Wiedereinführung der Demokratie im Jahre 1983 entwickelten sich die beiden großen argentinischen Parteien wieder rasch zu "politischen Maschinen". Dies bedeutete u.a., dass sie staatliche Ressourcen zur Unterhaltung und Festigung klientelistischer Beziehungen in Anspruch nahmen. Felduntersuchungen belegen, dass beide Parteien solche Beziehungen in einer ähnlichen Art und Weise pflegen. Das Ergebnis bilanziert Míguez wie folgt:

The articulation of interest tends to subordinate local state government to the interest of particular political parties, and even to specific leaders within them: social policies are implemented through political leaders who, in turn, use them for their own personal purposes. The possibility of independent neighbours to advance their interests as citizens is almost nihil, at least at the local state level. If they want to be heard by the local state institutions, they are virtually fated to become some sort of political client. Even neighbourhood associations must consider these facts when electing their presidents and committees (Míguez 1995: 102).

Diese Beobachtungen stimmen skeptisch bezüglich der Vorstellung, klientelistische Praktiken seien lediglich Relikte, die sich mit fortschreitender Modernisierung des politischen Regimes, begleitet durch Anpassungsmaßnahmen und Privatisierung der staatlichen Dienstleistungsunternehmen, von selbst auflösen würden. Vielmehr gibt es zahlreiche Indizien, die eher auf eine Steigerung solcher Praktiken hindeuten, zum Beispiel im Kontext der Armutsbekämpfungspolitik der neunziger Jahre (Repetto 2000). Empirische, auf die Basisebene fokussierende Untersuchungen, zeigen, dass klientelistische Netzwerke gerade deswegen an Bedeutung gewinnen, weil sie jene Aufgaben erfüllen, von denen sich der Staat im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik zurückgezogen hat (Auyero 2000; 2001). Wenngleich kaum quantitative Daten über den tatsächlichen Einfluss klientelistischer Praktiken auf das Wählerverhalten in Vergangenheit und Gegenwart zur Verfügung stehen, scheint jedoch eine Neubetrachtung des Klientelismus als funktionalem Bestandteil des argentinischen politischen Systems angebracht.

In der Praxis zeigt sich zum Beispiel eine Überlappung zwischen den informellen Netzwerken zur Selbsthilfe und den politischen, vor allem peronistischen Netzwerken in den ärmeren Stadtteilen. Die Basiseinheiten der Partei und die Stadtteil-*caudillos* stellen sich der hilfsbedürftigen Bevölkerung als Vermittler und Geber von Gütern und Dienstleistungen vor, die zwar in Rahmen von staatlichen Armutsbekämpfungsprogrammen finanziert, jedoch persönlich von den politischen Referenten wie auch *ad personam* zugeteilt werden: In den Augen der Meistbevorzugten fungiert nicht der Provinzstaat oder die Kommunalverwaltung als Geberinstitution, sondern die Personen, die vor Ort die Verteilung übernehmen und durch ihre politische Verbindung zu den oberen Instanzen den Fluss von Gütern, Dienstleistungen und Stellenangeboten gewährleisten können und dies tagtäglich tun (Auyero 2000).

Auffallend ist auch die Rolle, die Frauen bei der Durchführung solcher Aktivitäten übernehmen. So wurde ab 1996 der *Plan Vida*, in dessen Rahmen in der Provinz Buenos Aires täglich Lebensmittel an ca. 500.000 Kleinkinder und schwangere Frauen verteilt wurden, von Hilda Duhalde, der Ehefrau des damaligen Gouverneurs, persönlich organisiert und geleitet. An der Durchführung der Aktion beteiligten sich bis zu 13.000 unbezahlte weibliche Kräfte, die *manzaneras*. In den offiziellen Verlautbarungen wurde wiederholt betont, das Programm hätte nichts mit Politik zu tun, Sozialarbeit sei vielmehr Ausdruck der Opferbereitschaft der Frauen und Mütter und Zeichen ihrer Kinderliebe. In Wirklichkeit war der größte Teil der *manzaneras*

über den peronistischen Referenten rekrutiert worden; die Koordinationstreffen fanden in den Parteilokalen statt. Die weiblichen peronistischen Lokalreferentinnen übernahmen in starkem Maße die Koordination vor Ort, stellten sich als opferbereit und unersetzbar dar (Auyero 2001: 103-114).

Die etablierten Machtmechanismen zwischen politischen Referentinnen und Klienten werden als mütterliche Fürsorge gegenüber den Armen gedeutet. Mit dieser Marketing-Strategie werden die politischen Beziehungen als persönliche, freundschaftliche oder gar als verwandtschaftliche Beziehungen 'verkauft'. Damit wird gleichzeitig die überkommene geschlechtliche Differenzierung in der Ausübung öffentlicher Positionen bestätigt: Sozialarbeit zu leisten sei für Frauen geradezu eine Pflicht; Politikerinnen dürfen sie zwar werden, zu empfehlen sei dies aber nicht. Selbstverständlich ist die von den *manzaneras* betriebene Arbeit in den *barrios* durchaus politisch. Sie erkämpfen für sich einen autonomen Raum in einer sonst für sie eng begrenzten politischen Sphäre und sichern gleichzeitig die kontinuierliche Einbindung der Armen in klientelistische Beziehungsmuster. Die Rolle Hilda Duhalde erinnert an jene, die Eva Perón⁶ im ersten peronistischen Zyklus spielte, allerdings ohne jene kämpferischen Komponenten, die ihre Person auch verkörperte. Insgesamt tragen die geschilderten Praktiken dazu bei, eine bestimmte Deutung des peronistischen Selbstverständnisses zu aktualisieren und durchzusetzen (Auyero 2001: 136-150).

Die Vorstellung, klientelistische Praktiken seien heute ausschließlich die spezifische Form der Beziehungen zwischen dem Peronismus und den Unterschichten, ist allerdings irreführend. Klientelistische Beziehungsmuster kennzeichnen nach wie vor das Leben aller politischen Parteien und ihrer unmittelbaren Unterstützungskreise auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Konkrete Untersuchungen über klientelistische Netzwerke in den Mittel- und Oberschichten stehen zwar nicht zur Verfügung, die großzügigen Postenverteilungen, die bei jedem Wechsel der Machtinhaber auf allen Ebenen der Verwaltung stattfinden, sind jedoch allgemein bekannt.⁷ Diese weitgehend nicht hinterfragte Praxis ist einerseits eine Antwort auf ein Problem, dem jeder neu designierte hohe Staatsfunktionär sich stellen muss, d.h. die Bil-

⁶ Zur Rolle Eva Peróns im Machtgefüge des politischen Regimes siehe Navarro (1994), Plotkin (1994: 211-296) und Luna (2001: 272-279).

⁷ Darunter fallen auch die so genannten "Beraterernennungen" seitens der Parlamentarier sowie bei den verschiedenen Ministerien und untergeordneten Verwaltungseinheiten, wodurch Fachleuten und Intellektuellen aus dem Kreis der Anhänger zu gut dotierten "Nebenbeschäftigten" verholfen wird.

dung eines loyalen Unterstützungskreises; sie trägt andererseits zur Aufrechterhaltung von personalistischen Parteistrukturen und zur traditionellen Schwäche der politischen Institutionen wesentlich bei.

4. Personalistische Parteistrukturen

Die komplexen gesellschaftlichen Konfliktlinien, die sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in Argentinien herausgebildet haben, fanden keine adäquate Übersetzung im Spektrum der politischen Parteien. Obwohl Radikalismus (UCR) wie Peronismus (PJ) politische Akteure mit langer Tradition, tiefer sozialer Verwurzelung und großer identitätsstiftender Wirkung darstellten, waren sie vor 1983 nicht in der Lage, ein funktionierendes Parteiensystem zu bilden. Bürgerpartei mit starker Verankerung in den Mittelschichten die eine, organisierte Bewegung mit massivem Rückhalt der Unterprivilegierten die andere, vertraten beide politischen Kräfte unterschiedliche Konzeptionen von Demokratie, die weder den in Europa vertrauten *cleavages* entsprachen, noch in das Rechts-Links-Schema einzuordnen waren (De Riz 1986: 672ff.; Grossi/Gritti 1989: 47ff.). Nach dem Systemwechsel 1983 akzeptierten Radikalismus und Peronismus die Basisregeln des demokratischen Wettbewerbs und setzten den Zeiten der gegenseitigen Ausschließung ein Ende. Seitdem wechseln sie sich in der Regierungsverantwortung ab und beherrschen die politische Szene. Alle Versuche, eine dritte Kraft – sei sie gemäßigt links oder rechtsliberal orientiert – auf nationaler Ebene dauerhaft zu etablieren, sind bisher gescheitert.

Wenngleich das argentinische Parteiensystem nur einen geringen Fragmentierungsgrad aufweist – Peronismus und Radikalismus beherrschen seit über fünfzig Jahren die parteipolitische Szene auf nationaler Ebene – ist die parteiinterne Fraktionierung sehr hoch und instabil. Beide großen politischen Kräfte sind entsprechend dem föderativen Charakter der argentinischen Verfassung dezentral strukturiert. Die Kandidaten für die Abgeordnetenposten werden in der Regel durch die Parteimitglieder gewählt, wobei auch den unterlegenen Minderheiten ein Platz in den Wahllisten gewährt wird. Die geringe ideologische Kohäsion kann kaum für einen Basiskonsens sorgen. All dies bewirkt, dass die Parteispitze nicht automatisch in der Lage ist, die eigenen Reihen zu kontrollieren. Die Schaffung parteiinterner Disziplin stellt sich vielmehr für jede nationale Parteiführung als eine schwierige Aufgabe dar. Die interne Kohäsion hängt sehr stark von der Vergabe von Ämtern und Ressourcen ab, sie steht und fällt mit jedem neuen Wahlergebnis bzw. mit

der subjektiven oder objektiven Voreinschätzung seitens der Beteiligten (Mustapic 2000: 578-581).

Diese Feststellung erweckt große Zweifel im Hinblick auf die immer wieder beschworene "Stärke" charismatischer Parteiführer und deren angeblicher Fähigkeit, ihre Autorität vertikalistisch und ohne Widerspruch durchzusetzen. Zwar lassen sich in der argentinischen Geschichte solche Konstellationen finden – wie z.B. der stark personalistische Führungsstil eines Hipólito Yrigoyen oder Juan Perón oder, in jüngster Vergangenheit, die starke Führungsrolle Raúl Alfonsíns zu Beginn seines Mandats und Carlos Menems für mehrere Jahre – sie lösten sich jedoch immer wieder schneller als erwartet auf und ließen die jeweils betroffene Partei in einem desolaten Organisationszustand, der wiederum negative Auswirkungen auf die politische Stabilität des Landes hatte.

5. Unbefestigte institutionelle Ordnung

Die hohe Instabilität des argentinischen politischen Lebens im 20. Jahrhundert äußerte sich neben häufig auftretenden Regierungskrisen vor allem in wiederholten Wechseln des politischen Regimes. Im Laufe des 20. Jahrhunderts kannte das Land Zivil- und Militärregierungen, oligarchische und populistische, legitime und illegitime Regime, die fast alle versuchten, durch zweifelhafte Methoden die Opposition vom politischen Prozess auszuschließen. Theoretisch blieb über viele Jahrzehnte ein Verfassungstext gültig, der in der Praxis jedoch immer wieder verletzt wurde. Illegitime Formen der Machtausübung wurden sogar durch Urteile des Obersten Gerichtshofs gerechtfertigt. Diese Umstände sind als "anomisch" bewertet worden (Nino 1992: 61-87).

Zu dieser an sich schon problematischen Tradition gesellte sich die brutale Erfahrung der letzten Militärdiktatur (1976-1983). Während dieser Zeit wurden in einer bis dahin unbekannten Spielart des Staatsterrorismus sämtliche Grundrechte außer Kraft gesetzt. Die Opfer wurden nicht von offiziellen Repräsentanten der staatlichen Instanzen bei Tageslicht verhaftet, sondern nachts anonym entführt, in geheimen Haftanstalten gefoltert und/oder getötet. Die Leichen ließ man in der Regel anonym "verschwinden". Diese Methode hatte den zweifelhaften Vorzug, ein Maximum an Willkürlichkeit und Abschreckungspotenzial mit einem Minimum an Berechenbarkeit zu verbinden und diente nicht zuletzt dazu, die Verantwortlichkeit der Beteiligten an den Menschenrechtsverletzungen zu verwischen (CONADEP 1984).

Auch nach der Wiederkehr demokratischer Verhältnisse lassen sich verschiedene Anzeichen institutioneller Schwäche bzw. zweifelhafter Einstellungen politischer Entscheidungsträger gegenüber rechtsstaatlichen Normen feststellen. Der Umgang mit den Menschenrechtsverletzungen – von der Untersuchung der Wahrheitskommission über den Prozess gegen die ehemaligen militärischen Machthaber sowie deren Verurteilung bis hin zur Verabschiedung des “Befehlsnotstandsgesetzes” als Antwort auf mehrere Militärrevolten und der von Präsident Menem veranlassten Begnadigung der für schuldig befundenen Militärs – wird in Argentinien nach wie vor kontrovers bewertet. Kritische Stimmen warnen vor der “Illusion einer halbherzigen Justiz”⁸ und dem folgerichtigen Legitimitätsverlust eines Regimes, das zweierlei Maßstäbe anwendet (Garzón Valdés 2000: 308-323).

Es kann wenige Zweifel daran geben, dass auch während der neunziger Jahre die staatlichen Gewalten Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit wiederholt verletztten. Die Verabschiedung von über 300 Not- und Dringlichkeitsdekreten durch die Exekutive unter Umgehung der rechtmäßigen Kompetenzen des Kongresses, die Erhöhung der Mitgliederzahl des Obersten Gerichtshofs, wodurch eine Mehrheit regierungstreuer Richter geschaffen wurde, sowie unzählige Korruptionsskandale und ungeklärte kriminelle Handlungen, deren Spuren zu den höchsten Amtsträgern der Republik führten, füllen die Chronik des letzten Jahrzehnts und führten bei jenen Publikationen, die dies dokumentierten, zu hohen Verkaufszahlen.⁹ Die Fortsetzung solcher Praktiken unter der Regierung De la Rúa kann als einer der unmittelbaren Gründe gelten, die die breiten sozialen Proteste im Dezember 2001 ausgelöst haben.

⁸ Im spanischen Original (“la ilusión de la justicia a medias”) verbirgt sich eine weitreichendere Aussage als in der gewählten Übersetzung, denn das Wort *justicia* bedeutet sowohl “Justiz” als auch “Gerechtigkeit”.

⁹ So wurden zum Beispiel in kurzer Zeit nach seinem Erscheinen im Jahre 1991 über 250.000 Exemplare des Werkes *Robo para la corona* des anerkannten Journalisten Horacio Verbitsky verkauft. Der Titel (“Ich stehle für die Krone”) entspricht einer Aussage des ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, José Luis Manzano. Zu den Korruptionsskandalen und der damit verbundenen Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit in der jüngsten Vergangenheit siehe auch Verbitsky (1993) und Thiery (2002).

6. Die Krise als Chance?

Nach mehreren Tagen sozialer Proteste und gewalttätigen Ausbrüchen trat am 20. Dezember 2001 Präsident Fernando de la Rúa (UCR) von seinem Amt zurück.¹⁰ Kurz zuvor hatte er den Ausnahmezustand erklärt, eine Maßnahme, die zwar den juristischen Rahmen für die polizeiliche Repression schaffen sollte, die Plünderungen und Massenproteste jedoch nicht zu stoppen vermochte. Ebenso erfolglos blieben seine Bemühungen, eine Kompromisslösung mit den wichtigsten Amtsträgern zu finden. Die auf dem Höhepunkt der Proteste von De la Rúa nach Buenos Aires gerufenen Provinzgouverneure hielten es nicht für nötig, sich zum Regierungspalast zu begeben, um über die kritische Situation zu beraten und bevorzugten es stattdessen – wie die Mehrheit der Bevölkerung – auf die Unfähigkeit des Präsidenten zu verweisen und seine Absetzung zu verlangen. Da das Amt des Vizepräsidenten seit dem Rücktritt des *Frepasista* Carlos “Chacho” Álvarez vakant blieb, musste der Nachfolger De la Rúas durch die Bundesversammlung (*Asamblea Legislativa*) bestellt werden. Da die peronistische Opposition die Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses stellte, war es mehr als wahrscheinlich, dass der nächste Regierungschef jener Partei angehören würde, die vor knapp zwei Jahren als Verlierer aus den Präsidentschaftswahlen hervorgegangen war.

Die Peronisten tagten unter sich. Zuerst in San Luis, dann in der Hauptstadt Buenos Aires, zum Teil auch im Kongressgebäude. Die Gespräche, die in diesen Kreisen während der darauf folgenden Tage stattfanden, waren nicht so sehr geprägt von der Diskussion möglicher Lösungsansätze, die das Land aus der verheerenden Situation herausholen könnten, sondern von Fragen wie z.B. der, wie lange der neue (peronistische) Präsident im Amt bleiben solle, ob er später noch einmal kandidieren dürfe, ob nicht ein neues Wahlgesetz opportun sei, um die gleichzeitige Ernennung von verschiedenen Kandidaten ein und der selben Partei zu ermöglichen, ja sogar, ob man nicht eine Verfassungsreform anstoßen sollte, um einer erneuten Kandidatur von

¹⁰ Die hier präsentierte Darstellung der Krise aus einer politischen Perspektive basiert auf Internetausgaben der wichtigsten argentinischen Tageszeitungen zwischen dem 15.12. 2001 und dem 15.01.2002: La Nación Line <www.lanacion.com.ar>, Clarín.com <www.clarin.com.ar> und Página 12.web <www.pagina12.com.ar>. Für eine Darstellung der Krise aus überwiegend ökonomischer Perspektive siehe Fritz (2002). Auch die erwähnten argentinischen Zeitungen veröffentlichten zahlreiche Informationen über die wirtschaftliche und soziale Situation sowie über mögliche Lösungsstrategien, die zeitgleich unter Fachleuten – seltener unter den Politikern – diskutiert wurden.

Carlos Menem den Weg frei zu machen. Nachdem diese Fragen halbwegs geklärt werden konnten, wurde der Gouverneur der Provinz San Luis, Adolfo Rodríguez Saá, zum Präsidenten gekürt. Als er wenige Tage später eine äußerst unglaubliche Wirtschaftspolitik einschlug und gleichzeitig bekannt gab, dass er – entgegen der getroffenen Absprache – bis 2003 im Amt zu bleiben gedenke und dementsprechend im März 2002 keine Wahlen stattfinden sollten, musste er angesichts fehlender Rückendeckung aus den eigenen Reihen und erneuter sozialer Proteste – ob spontan oder angestiftet sei dahingestellt – den Platz räumen.

Erst als es Eduardo Duhalde – ehemaliger Vizepräsident des Landes, späterer Gouverneur der Provinz Buenos Aires, besiegter peronistischer Präsidentschaftskandidat im Jahre 1999 und seit 2001 Senator – gelang, seinen Parteigenossen und der ganzen Bevölkerung glaubhaft zu versichern, er stünde für eine weitere Amtsperiode ab 2003 nicht zur Verfügung, konnte eine neue Regierung unter seiner Führung gebildet werden und erste Maßnahmen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise durch das Parlament gebracht werden. Am 4. Januar wurde bekannt gegeben, dass die Ehefrau des neuen Präsidenten, Hilda "Chiche" Duhalde, die Verantwortung für die Gesamtkoordination und die Führung aller sozialpolitischen Maßnahmen übernehmen würde. Dabei wurde explizit Wert darauf gelegt, dass die "erste Dame" weder ein staatliches Amt bekleiden noch ein Gehalt bekommen sollte.

Am 9. Januar 2002, zu einem Zeitpunkt, als man von einer Stabilisierung der Lage noch weit entfernt war, äußerte sich der ehemalige Präsident und amtierende Parteivorsitzende der PJ Carlos Menem in einem Interview der chilenischen Tageszeitung *El Mercurio* über die neue politische Entwicklung: Duhalde und sein Kabinett seien unfähig, das Land zu regieren. Offensichtlich sah der erfahrene Politiker, der seit seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft zu verstehen gab, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2003 erneut zu kandidieren gedenke, keine Veranlassung, seinem ehemaligen Vizepräsidenten und Parteigenossen beim Krisenmanagement zur Seite zu stehen. Prominente Kabinettsmitglieder verkündeten am 11. Januar 2002 die Absicht der Regierung, eine Verfassungsreform einzuleiten. Dies sei der einzige Weg, politische Widerstände und ökonomische Engpässe durchbrechen zu können. In den folgenden Tagen konzentrierte sich die Aufmerksamkeit mehr und mehr auf wirtschaftspolitische Themen, während die "rein" politischen Belange in den Hintergrund traten.

Unter den vielen Kommentaren, die die argentinischen Tageszeitungen zur Regierbarkeitskrise in den Wochen nach der Regierungsübernahme Du-

haldes veröffentlichten, gab es auch solche, die auf eine kollektive Verantwortung für das Geschehene aufmerksam machten. So behauptete zum Beispiel James Nielson, wäre anstelle von De la Rúa ein anderer Politiker gewählt worden, hätte höchstwahrscheinlich auch ihn dasselbe Schicksal ereilt. Sein Fazit:

Fast alle Mitglieder [der politischen Klasse] wollen Opposition betreiben und fast alle geben sich als Gegner des 'Wirtschaftsmodells' aus; wenn es jedoch darauf ankommt Alternativen vorzuschlagen, sprechen sie lediglich von geringfügigen Korrekturen, die kaum etwas zu ändern vermögen. Das ist verständlich, weil auf der realen Welt jede Option, sei sie eine rechte oder eine linke, zahllose Schwierigkeiten hervorruft, während sie [die Politiker] zu verstehen geben möchten, dass mit wenigen äußerst einfachen Veränderungen das Land sich in ein Paradies verwandeln könnte (Nielson 2001).¹¹

Diese Beobachtungen sowie die im Detail geschilderten Ereignisse der jüngsten argentinischen Krise stimmen skeptisch bezüglich der Wahrscheinlichkeit, dass in naher Zukunft grundlegende Veränderungen in den Verhaltensweisen der politischen Klasse zu erwarten sind, obwohl es gerade dieses Festhalten an traditionellen politischen Verhaltensmustern ist, was die massive Ablehnung der politischen Machttträger durch die argentinische Bevölkerung provoziert. Sie entstand jedoch nicht erst mit der aktuellen Krise. Schon seit Mitte der achtziger Jahre mehren sich die Stimmen, die eine Parteipolitik grundsätzlich ablehnen, weil die Parteien – so der Vorwurf – die Akteure der Zivilgesellschaft lediglich für Wahlzwecke instrumentalisierten. Auf der anderen Seite verleiten die geringe Mittelausstattung und die Organisationsdefizite der zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht wenige von ihnen dazu, ihrerseits klientelistische Beziehungen mit Politikern, insbesondere auf der kommunalen Ebene, aufzunehmen (Grüner 1991; Ediciones Unidos 1994; Míguez 1995). Dem stehen jedoch breit angelegte Mobilisierungen gegenüber, durch die bestimmte Forderungen unabhängig und häufig gegen die parteipolitischen Interessen artikuliert werden konnten. Das gilt vor allem für die Menschenrechtsbewegung, der es allen Schwierigkeiten zum Trotz gelang, die Erinnerung an die Opfer der letzten Militärdiktatur wach zu halten bzw. zu verhindern, dass andere ungeklärte Verbrechen schnell in Vergessenheit gerieten.¹²

Als zum Jahreswechsel 2001/2002 die Bürgerkomitees wochenlang die Straßen blockierten, sich weigerten ihre Rechnungen für öffentliche Dienst-

¹¹ Zu einer ausführlichen Darstellung des Oppositionsverhaltens in der Phase der Redemokratisierung siehe Carreras (1999).

¹² Siehe dazu den Beitrag von Estela Schindel in diesem Band.

leistungen zu bezahlen und den Rücktritt der gesamten politischen Klasse verlangten, traten sie bewusst oder unbewusst das Erbe der anarchistischen Kreise¹³ an, die hundert Jahre zuvor gegen die Machenschaften einer restriktiven Republik politisch und kulturell Widerstand geleistet hatten. Doch können die Probleme – wie gerade die Geschichte des Anarchismus lehrt – mit Widerstand allein nicht gelöst werden.¹⁴ Sollte der negative Konsens nicht rechtzeitig in eine Strategie zur Durchsetzung einer, im weitesten Sinne des Wortes, politischen Reform, d.h. einer Veränderung der Beziehungsmuster zwischen dem politischen System und der Gesellschaft, umgewandelt werden, wird der Widerstand eher zur Blockade und zur weiteren Verschlechterung der Lage führen.

Angesichts der gegenwärtigen Situation Argentiniens kann man nicht länger nach einer "Lösung der Krise" im Sinne der Behebung einer kurzfristigen Störung suchen. Vielmehr befindet sich das Land in einem *circulus vitiosus*, weil die Funktionsweise des gegenwärtigen Modells zur weiteren Verschlechterung der soziopolitischen Lage führt. Eine Lösung dieses Dilemmas kann bestenfalls in längerfristiger Perspektive erwartet werden und setzt unter anderem eine tiefgreifende Veränderung der politischen Kultur des Landes voraus. Anzeichen eines positiven Wandels sind zur Zeit jedoch (noch?) nicht erkennbar.

7. Nachwort

Lasst uns [...] in jedem Schulkind einen frenetischen abgöttischen Verehrer der Argentinischen Republik ausbilden, indem wir ihm beibringen – weil dies der Wahrheit entspricht –, dass kein anderes Land auf der Erde höhere rühmliche Taten in seiner Geschichte, altruistischeren Eifer, liberalere Institutionen, gesündere Bräuche, großzügigeres Verhalten und eine glanzvollere Zukunft vorweisen kann (zit. nach Escudé 1990: 46).

Mit diesen Worten drückte Enrique de Vedia, der damalige Rektor des *Colegio Nacional de Buenos Aires* – jener wichtigen Bildungseinrichtung, die darauf spezialisiert war, die jungen Mitglieder der argentinischen Elite auf das Universitätsstudium vorzubereiten – den ungetrübten Optimismus aus, mit dem das Land im Jahre 1910 sein hundertjähriges Bestehen als unabhängige Republik feierte und in die Zukunft schaute.

¹³ Zur Geschichte der anarchistischen Bewegung siehe Suriano (2001).

¹⁴ Für eine erste Bewertung der Potentiale und Gefahren der Protestbewegung siehe Svampa (2002).

Im Gegensatz zu diesen Erwartungen nahm jedoch die Entwicklung des Landes im Laufe des 20. Jahrhunderts einen ganz anderen Verlauf: Von kurzen Phasen besonders dynamischer Impulse abgesehen, wurden politische Instabilität und verzögertes bis fehlendes wirtschaftliches Wachstum zur Konstante einer negativen Entwicklung, die zu einem Rückgang der argentinischen Position im internationalen Vergleich sowie im Bezug zu anderen lateinamerikanischen Ländern führte.

Die Suche nach der Erklärung des "argentinischen Rätsels", des "Wunders der Unterentwicklung" hat mehrere Generationen von Akademikern in- und außerhalb des Landes beschäftigt. Auf diese Weise sind verdienstvolle Untersuchungen im Bereich der Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entstanden, die zu einem besseren Verständnis der argentinischen (Rück-)Entwicklung beigetragen haben. Allerdings gilt es hier auch die Tatsache hervorzuheben, dass die Beschäftigung mit der Diskrepanz zwischen den optimistischen Erwartungen des *Centenario* und der enttäuschenden Realität der darauf folgenden Jahrzehnte nicht nur Anlass zu wissenschaftlicher Erkenntnis gegeben hat, sondern auch an sich ein Zeichen davon ist, wie prägend jene Bilder, die Zeitzeugen des "argentinischen Fortschritts" – so der Titel einer klassischen Studie zu jener Zeit (Cortés Conde 1979) – entworfen hatten, in der Nachwelt wirkten und zum Teil noch wirken. Dementsprechend versuchten die meisten Untersuchungen eine Antwort dafür zu liefern, warum das Land sich nicht so entwickelt hat, wie es sich hätte entwickeln *sollen*. Diese Fokussierung, die die nicht explizite Annahme verrät, eigentlich *müsste* die Situation Argentiniens eine viel bessere sein, blendet die Frage nach der Berechtigung der optimistischen Erwartungen sowie des Fortschrittsdenkens, die von der argentinischen Elite aber auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen, über ein Jahrhundert kultiviert wurden, völlig aus.

Wie wir wissen, setzt jedoch eine *Ent-Täuschung* immer eine vorangegangene *Täuschung* voraus. Auch das ruhmlose Ende der Konvertibilität und die damit einhergehende politische Krise erweist sich als vorhersehbare *Ent-Täuschung*: Zehn Jahre lang wiegte sich die argentinische Bevölkerung in dem Glauben, die Gleichwertigkeit von Peso und Dollar sei ein Zeichen dafür, dass man Teil der Ersten Welt sei und zu der größten Volkswirtschaft, den USA, in einer 1 zu 1 Beziehung stehe. Diese absurde Vorstellung kann als eine kollektive Fiktion interpretiert werden, die Fiktion einer Gesellschaft, die ihre eigene Position in der globalisierten Welt nicht angemessen

einschätzen kann oder will, und sich weigert, ihre internen Brüche sowie ihre Verwundbarkeit wahrzunehmen und ihnen konstruktiv zu begegnen.

Literaturverzeichnis

- Adrogué, Gerardo (1998): "Estudiar la opinión pública. Teoría y datos sobre la opinión pública argentina". In: *Desarrollo Económico* 38, Nr. 149, S. 387-407.
- Auyero, Javier, (2000) "The Logic of Clientelism in Argentina: An Ethnographic Account". In: *Latin American Research Review* 35, Nr. 3 (2000), S. 55-82.
- (2001): *Poor People's Politics. Peronist Survival Networks & The Legacy of Evita*. London: Durham.
- Botana, Natalio (1986): *El Orden Conservador*. Buenos Aires: Hyspamérica [Originalausgabe: Sudamericana, 1977].
- Carreras, Sandra (1999): *Die Rolle der Opposition im Demokratisierungsprozess Argentiniens. Der Peronismus 1983-1989*. Frankfurt a.M.: Vervuert.
- Catterberg, Edgardo (1991): *Argentina Confronts Politics. Political Culture and Public Opinion in the Argentine Transition to Democracy*. Boulder/London: Lynne Rienner Publishers.
- Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría (1998): *Autopercepción de los políticos*. Buenos Aires: Editorial Centro de Estudios Unión para la Nueva Mayoría.
- "Carta Orgánica Nacional" [1947]. In: Partido Peronista (o.J.): *Doctrina Peronista* (o.O.), S. 33-46.
- CONADEP (1984): *Nunca Más. Informe de la Comisión Nacional sobre la Desaparición de Personas*. Buenos Aires: EUDEBA.
- Cortés Conde, Roberto (1979): *El Progreso Argentino*. Buenos Aires: Sudamericana.
- De Riz, Liliana (1986): "Política y partidos. Ejercicio de análisis comparado: Argentina, Chile, Brasil y Uruguay". In: *Desarrollo Económico* 25, Nr. 100, S. 659-681.
- Ediciones Unidos (Hrsg.) (1994): *Los que pelean de adentro. El Frente Grande y la militancia social*. Buenos Aires: Ediciones Unidos.
- Escudé, Carlos (1990): *El fracaso del proyecto argentino. Educación e ideología*. Buenos Aires: Tesis.
- Fritz, Barbara (2002): "Reasons to cry, Argentina!". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 3, S. 25-32.
- FUDEPA (1988): *La militancia y la Unidad Básica*. Buenos Aires.
- Garzón Valdés, Ernesto (2000): *El velo de la ilusión. Apuntes sobre una vida argentina y su realidad política*. Buenos Aires: Sudamericana.
- Grossi, María/Gritti, Roberto (1989): "Los partidos frente a una democracia difícil: la evolución del sistema partidario en la Argentina". In: *Crítica y Utopía* Nr. 18, S. 27-62.
- Grüner, Eduardo (1991): "Las fronteras del (des)orden. Apuntes sobre el estado de la sociedad civil bajo el Menemato". In: Borón, Atilio et al.: *El Menemato. Radiografía de dos años de gobierno de Carlos Menem*. Buenos Aires: Editorial Letra Buena, S. 85-118.

- Lagos, Marta (1999): "¿Quo vadis, América Latina? El estudio de la opinión pública regional en el Latinobarómetro". In: *Contribuciones XVI*, Nr. 2, S. 31-53.
- Lewin, Hugo (1997): "Siga el baile. El fenómeno social de la bailanta, nacimiento y apogeo". In: Margulis, Mario et al.: *La cultura de la noche. La vida nocturna de los jóvenes en Buenos Aires*. Buenos Aires: Biblos, S. 211-234.
- Luna, Lola G. (2001): "Populismo, nacionalismo y maternalismo: peronismo y gaitanismo en perspectiva comparada". In: Potthast, Barbara/Scarzanella, Eugenia (Hrsg.): *Mujeres y naciones en América Latina. Problemas de inclusión y exclusión*. Frankfurt a.M./Madrid: Vervuert/Iberoamericana, S. 271-285.
- Merklen, Denis (2000): "Vivir en los márgenes: La lógica del cazador. Notas sobre sociabilidad y cultura en los asentamientos del Gran Buenos Aires hacia fines de los 90". In: Svampa (2000b), S. 81-119.
- Míguez, Daniel (1995): "Democracy, Political Machines and Participation in the Surroundings of Buenos Aires". In: *European Review of Latin American and Caribbean Studies* Nr. 56, S. 91-106.
- Mora y Araujo, Manuel/Montoya, Paula (1999): "La agenda pública argentina". In: *Contribuciones XVI*, Nr. 2, S. 69-83.
- Mustapic, Ana María (2000): "'Oficialistas y diputados': las relaciones Ejecutivo-Legislativo en la Argentina". In: *Desarrollo Económico* 39, Nr. 156, S. 571-595.
- Navarro, Marysa (1994): *Evita*. Buenos Aires: Planeta.
- Nielson, James (2001): "Programado para fracasar". In: *Página 12 Web*, 12.1.2002, <<http://www.pagina12.com.ar/2001/01-12/01-12-21/pag11.htm>>.
- Nino, Carlos (1992): *Un país al margen de la ley. Estudio de la anomia como componente del subdesarrollo argentino*. Buenos Aires: Emecé.
- Nolte, Detlef (2001): "Dunkle Wolken über den lateinamerikanischen Demokratien". In: *Brennpunkt Lateinamerika* Nr. 18, S. 193-200.
- Palomino, Héctor (2002): "Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmen und Staat: Akteure und Spielregeln im Wandel". In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 243-278.
- Plotkin, Mariano (1994): *Mañana es San Perón. Propaganda, rituales políticos y educación en el régimen peronista (1946-1955)*. Buenos Aires: Ariel.
- Repetto, Fabian (2000): "Gestión pública, actores e institucionalidad: las políticas frente a la pobreza en los '90". In: *Desarrollo Económico* 39, Nr. 156, S. 597-618.
- Rock, David (1972): "Machine Politics in Buenos Aires and the Argentine Radical Party, 1912-1930". In: *Journal of Latin American Studies* 4, Nr. 2, S. 233-256.
- (1975): *Politics in Argentina 1890-1930. The Rise and Fall of Radicalism*. London: Cambridge University Press.
- Sautu, Ruth (2001): *La gente sabe. Interpretaciones de la clase media acerca de la libertad, la igualdad, el éxito y la justicia*. Buenos Aires: Lumière.
- Suriano, Juan (2001): *Anarquistas. Cultura y política libertaria en Buenos Aires 1890-1910*. Buenos Aires: Manantial.
- Svampa, Maristella (2000a): "Identidades astilladas. De la patria metalúrgica al heavy metal". In: Svampa (2000b), S. 121-154.

- (2001): *Los que ganaron. La vida privada en los countries y barrios privados*. Buenos Aires: Biblos.
- (2002): "Las dimensiones de las nuevas protestas sociales". Unveröffentlichtes Manuskript.
- Svampa, Maristella (Hrsg.) (2000b): *Desde abajo. La transformación de las identidades sociales*. Buenos Aires: Biblos.
- Thiery, Peter (2002): "Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – auf dem Weg zur Konsolidierung?". In: Birle, Peter/Carreras, Sandra (Hrsg.): *Argentinien nach zehn Jahren Menem. Wandel und Kontinuität*. Frankfurt a.M.: Vervuert, S. 243-278.
- Urresti, Marcelo (1997): "La discoteca como sistema de exclusión". In: Margulis, Mario et al.: *La cultura de la noche. La vida nocturna de los jóvenes en Buenos Aires*. Buenos Aires: Biblos, S. 129-169.
- Verbitsky, Horacio (1991): *Robo para la corona. Los frutos prohibidos del árbol de la corrupción*. Buenos Aires: Planeta.
- (1993): *Hacer la corte. La construcción de un poder absoluto sin justicia ni control*. Buenos Aires: Planeta.